

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einchl. Postbefreiung. Nur Postbezug, Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 8. Dezember 1921

Einzelnenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeits-, Markt- und Tobeanzeigen 1 Mk. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 5 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 142

Deutschlands Not und seine Presse

Die moderne Zeitung ist eine kapitalistische Unternehmung; sie erzeugt „öffentliche Meinung“ auf dem Markt. Für die Qualität dieser Ware ist nach Karl Bücher nicht mehr das einfache Bedürfnis des Lesers oder des Abnehmers maßgebend, sondern die sehr komplizierten Konkurrenzverhältnisse innerhalb der privatkapitalistischen Wirtschaftsform. Großhändler und Spekulanten der „öffentlichen Meinung“, wie politische Parteien, wissenschaftliche und künstlerische Klügel, Börsenmänner, sogenannte Syndikate- und Handelshauptleute, Regierungen, und die von diesen abhängigen Telegraphen- und Korrespondenzbureaus, die Annoncenagenturen und einzelne große Inserenten sind ausschlaggebend für die Güte dieser „Ware“. Jede Nummer eines großen Tagesblattes ist ein Wunderwerk der kapitalistisch organisierten volkswirtschaftlichen Arbeitsteilung und der maschinellen Technik, ein Mittel des geistigen und wirtschaftlichen Verkehrs, in dem sich die Wirkungen aller anderen Verkehrsmittel: der Eisenbahn, der Post, des Telegraphen und des Fernsprechers wie in einem Brennpunkte vereinigen. Und nach dem Urteile des längst verstorbenen v. Kellner war der Einfluß der Presse auf die Entwicklung aller Verhältnisse, auf die Denkwelt und Gelinnung der Menschen von jeher unermeßlich und fortwährend im Wachsen.

In dieser unparteilichen wirtschaftspolitischen Bewertung der Presse, die wir noch tausendfach in gleicher Richtung ergänzen könnten, dokumentiert sich das Maß der Verantwortlichkeit der Presse eines jeden Kulturstaates für die geistigen und wirtschaftlichen Zustände eines jeden Volkes. Stellen wir die gegenwärtige Lage des deutschen Volkes dieser hohen Verantwortlichkeit gegenüber, so ist das Ergebnis ein geradezu trostloses. Und es ist jedenfalls nicht zuviel gesagt, daß, wenn die maßgebenden Vertreter der deutschen Presse sich ihrer moralischen Verantwortlichkeit richtig bewußt wären, sowohl die politische wie die wirtschaftliche Lage Deutschlands eine ganz andre sein könnte. Wir sind sogar der Auffassung, daß z. B. mindestens neun Zehntel der bürgerlichen Presse ein volleres Maß von Schuld daran tragen, daß der Friedensvertrag von Versailles eine so unerträgliche Form angenommen hat. Die bekannten Wilsonschen 14 Punkte wurden nämlich feinerzeit nicht nur von den Franzosen sabotiert, sondern auch durch den damaligen furor teutonico des größten Teiles der deutschen bürgerlichen Presse, der den Franzosen erst recht Abringung zu ihrer kindischen Furcht vor deutschen Säbelrasseln gab und sie Arm in Arm mit den übrigen Siegerstaaten zu den ungeheuren Belastungen des deutschen Volkes anpörte.

Und Herr Sinnes in Spaal Dieser ungekrönte Herrscher über maßgebende Teile der deutschen Presse wußte nur zu gut, daß er unter dem Schutze der deutschen nationalen und antidemokratischen deutschen Presse ungestraft mit der Faust auf den Tisch schlagen durfte, gleich dem „Sieger“ in Brest-Litovsk. Wir könnten ganze Bände mit Beispielen ähnlicher Art füllen, aus denen hervorgeht, daß ein großer Teil der bürgerlichen Presse an all den politisch wie wirtschaftlich katastrophalen Illusionen, Sanktionen mit Belagerungswahn, den Reparationskaufleuten der Entente und nicht zuletzt an der Valutahysterie weit mehr Schuld auf sich geladen hat als alle großen und kleinen Saboteure des Auslandes zusammen. Denn die von einem sehr zweifelhaften Nationalkoller befallene deutsche Presse lieferte den letzteren erst die Gründe für ihre wahnhaften Forderungen und Unterdrückungsmahre gegenüber dem deutschen Volke. Selbst wenn man solche rein politische Erwägungen juristisch und lediglich auf die wirtschaftliche Berichterstattung des größten Teiles der bürgerlichen Presse keine Zulieferung konzentriert, so ergeben sich mehr als genug Beweise dafür, daß die deutsche bürgerliche Presse zu dem gegenwärtigen unhaltbaren Zustand der deutschen Volkswirtschaft unverantwortlich viel beigetragen hat. In einem Aufsätze der Wochenschrift „Die Konjunktur“ (Nr. 51 und 52 von 1921; begründet von Richard Calwer) werden

hierfür sehr drastische Beweise angeführt, denen wir auszugswweise folgendes entnehmen:

Über die Entwicklung der wirtschaftlichen Berichterstattung in Deutschland im letzten Jahrzehnt aufmerksam verfolgt hat, wird zu dem Resultat gekommen sein, daß eine bedeutende quantitative Erweiterung, gleichzeitig aber auch eine ebenso starke qualitative Verminderung derselben eingetreten ist. Die großkapitalistischen Interessen, die schon in der Vorkriegszeit die Schwächen des deutschen Zeitungswesens auf der einen und die hohe Bedeutung der deutschen Tagespresse für das öffentliche Leben auf der anderen Seite richtig erkannt hatten, haben in der Nachkriegszeit unerschöpflich darauf verwendet, große, weitverbreitete Tageszeitungen und angesehenen Nachrichtenbureaus unter ihre Vormherrschaft zu bringen. Die öffentliche Meinung hat naturgemäß in einem republikanischen Staatswesen eine viel größere Bedeutung als im wilhelminischen Polizeistaat und Beamtenstaate. Wer die Größe der großen Masse kennt, weiß, was es heißt, wenn einige Millionen Zeitungsläser systematisch in bestimmter Richtung beeinflusst werden können. Man kann nicht sagen, daß die großkapitalistischen Interessen bei ihrem Vordringen, wichtige Nachrichtenbureaus und Zeitungen aufzukaufen, auf besonderen Widerstand in Verlegerkreisen gestoßen wären. Es scheint im Gegenteil, als ob die bekannten Gruppen, sobald nur ihre Absicht bekannt war, überreichlich Angebote erhalten hätten, von denen sie nur diejenigen zur Berücksichtigung brauchten, die für ihre Zwecke am geeignetsten waren. Ob die wirtschaftliche Notlage oder das Streben nach einem besonders hohen Gewinne die blödsinnigen Verleger veranlaßt hat, ihre Zeitungen dem Großkapital auszuliefern, braucht nicht weiter untersucht zu werden; wichtig ist allein die Tatsache, daß ein erheblicher Teil allangelegener Zeitungen keine Selbständigkeit eingeholt hat und zum Sprachrohr allmächtiger Interessen geworden ist. Dieser Vorgang ist um so bedeutsamer und bedauerlicher, als bei den hohen Kosten, mit denen diese Zeitungen betrieben werden, sich wohl nur selten für einen solchen Zweck Kapitalisten finden werden, die sich von vornherein verpflichten, diese Einflußnahme in das betreffende Organ zu vermeiden.

Außerdem ist zu berücksichtigen, daß auch die Verleger vieler noch nicht dem Großkapital ausgelieferter Zeitungen mit Rücksicht auf die hohen Kosten des technischen Apparates heute nur allzu sehr darauf sind, an Ausgaben für die Redaktion zu sparen. Als Folge dessen hat eine aufsteigende Abwanderung bejahrter Journalisten aus den Redaktionen der bürgerlichen Presse in die literarischen Zentren der Banken, Industrie- und Handelsvereine und Interessenvertretungen stattgefunden. Am Ende der Redaktionen wird in einer Weise gehandelt, die dem Inhalte der Zeitungen zum großen Schaden ist. Ziele, die durch den Verleger gemacht sind die Redaktion zu setzen, indem sie den Zeitungen maßgebend Aufsätze und Nachrichten zu hochpreisigen Abdrück überlassen, in denen natürlich ganz bestimmte Tendenzen mehr oder minder deutlich erkennbar zum Ausdruck kommen. Es ist erlaublich, in welchem Umfang und mit welcher geringer kritischer Eichtung die Tagespresse von dieser Gelegenheit, billiges Material zu erhalten, Gebrauch macht.

Wir haben diesen sachlichen Feststellungen nur noch wenig hinzuzufügen. Sie beweisen die Tatsache einer sehr einseitigen und gefährlichen Täuschung der Öffentlichkeit im Dienste profitgieriger Interessentengruppen, die in geradezu schamloser Weise am Marke des deutschen Volkes zehren. Das dunkle Kapitel der wirtschaftlichen Abhängigkeit vieler Redakteure wollen wir dabei noch ganz außer Betracht lassen. Allzu viele schreiben der Not gehorchend, weniger dem eignen Triebe folgend. Dazu zwingt sie leider ein von uns schon in Nr. 55 des „Korr.“ (14. März 1921) angeführtes Rundschreiben des Vereins Deutscher Zeitungverleger vom 14. April 1921, das folgenden Wortlaut hat:

In der letzten Zeit sind wiederum häufig Fälle vorgekommen, daß wegen der wirtschaftlichen Interessen der Zeitungsverleger und ihrer Zeitungswörter in ihrer Eigenhaft als Inhaber einer Unternehmung, in redaktionellen Zeilen der Zeitungen zu wenig vom Standpunkte des Verlegers aus behandelt worden sind.

Diese Erklärung gibt uns Veranlassung, an unsere Vereinstätigkeiten im allgemeinen wie auch in einem Interesse die dringende Bitte zu richten, sorgsam darauf zu achten, daß Ausführungen in redaktionellen Zeilen über derartige Fragen — wie beispielsweise Papierpreise, Vertrieb etc. — nur in einer vom Verleger vorher genehmigten Fassung in der Zeitung Aufnahme finden. In jedem einzelnen Falle muß sich der Verleger im übrigen die Frage vorlegen, ob eine Förderung der Angelegenheit überhaupt oder zeitig zweckmäßig ist.

Schon in bezuglich sich diese Bevormundung der Redaktionen durch die Zeitungsverleger nur auf Angelegenheiten innerhalb des Zeitungsgewerbes; aber es ist zweifellos doch nur logisch, daß sich die sogenannte Schreibweise der Redakteure sinngemäß auch in allen andern Dingen der „öffentlichen Meinung“ darauf einzustellen hat, daß die Austräger des Interesses oder sonstiger finanzieller Stützpunkte der betreffenden Zeitungen, die mit dem Abonnementkreise nicht identisch zu sein brauchen, nicht vor den Kopf gestoßen werden. Dadurch haben wir uns auch in Deutschland auf dem Pressegebiete dem Zustande genähert, den der bekannte amerikanische Schriftsteller Upton Sinclair in seiner Studie über den Journalismus unter dem Titel „Der Sündenlohn“ dahin zusammenfaßt, daß jede moderne bürgerliche Zeitung eine gigantische

Munitionsfabrik sei, in der die besitzende Klasse geistige Bomben und Gasgranaten zur Vernichtung ihrer Feinde erzeugt. Und heute mehr als je zuvor gelten sinngemäß folgende Worte Sinclairs auch für die deutschen Verhältnisse:

Man stelle sich vor, daß die Zeitungen Amerikas zehn Tage lang die Wahrheit drückten, die Wahrheit über die Armut und die Ursachen der Armut, die Wahrheit über die Korruption in der Politik und in allen Zweigen der Verwaltung, im Journalismus und in der ganzen Gesellschaft, die Wahrheit über Prostitution und Ausbeutung, die Bankrottverbrechen, die gewaltigen Gewinne des Fleischtrafs, des Stahltrafs, des Petroleumtrafs und derer Hunderte Hilfsorganisationen. Ich sage, daß, wenn all diese begründete Wahrheit dem amerikanischen Volke zehn aufeinanderfolgende Tage vorgelesen werden könnte an Stelle des trivialen Schmutzes, des Schandals, des Verbrechens, der Sensation, der bearbeiteten Nachrichten, der politischen Fälschungen, der unrichtigen Verurteilung und der schmutzigen und gemeinen Annoncen, mit denen das amerikanische Volk jetzt gestiftet wird — dann läge ich, daß die Welt ganz umgestaltet und die industrielle Demokratie sichergestellt wäre.

Wir sind weit davon entfernt, mit dieser scharfen Kritik der deutschen Presse an die Wurzeln der Existenzmöglichkeit des Zeitungsgewerbes zu greifen. Auch wir Buchdrucker haben ein starkes Interesse an seinem wirtschaftlichen Gedeihen. Aber wir sind gleichzeitig der Auffassung, daß auf dem Wege erblicher, unverkündlicher Herausarbeitung und Vertretung der öffentlichen Meinung auch für das Zeitungsgewerbe materielle Erfolge zu erringen sind, die befähigen und leistungsfähiger sein werden als die meisten der heutigen Quellen des deutschen Zeitungsgewerbes. Wir sind der Ansicht, daß der in letzter Zeit sich anbahnende Umschwung in der Meinung des Auslandes über die tatsächliche Friedensbereitschaft des deutschen Volkes und dessen immer stärker werdenden Verlangens nach einem ruhigen, wenn auch mühevollen Neuaufbau einer besseren und friedlicheren Volkswirtschaft nicht das ausschließliche Verdienst besserer Einsicht maßgebender ausländischer Politiker und Staatsmänner ist, sondern zum größten Teil auf die immer deutlicher in Erscheinung tretende und erfolgreiche Abwehr der deutschen Arbeiterklasse gegen alle reaktionären Bestrebungen innerhalb Deutschlands zurückzuführen ist. Daß dies sich erst jetzt bemerkbar machen konnte, ist auf das Schuldkonto des größten Teiles der deutschen Presse zu verbuchen, und zwar hauptsächlich jener Presse, die sich im Schlepptau der „vaterländischen“ wie privatkapitalistischen inländischen Ausbeuter des deutschen Volkes befindet, angefangen von den größten Großstadtzeitungen bis zu den kleinsten Kreis- und Winkelblättern. Nur wenige bürgerliche Blätter, deren Zahl man an den Fingern abzählen kann, haben sich z. B. von dem Kesselstreben gegen die junge deutsche Republik und von der Verwässerung und Markthilierung der Reichsverfassung sowie von der Steuerfahrlasigkeit freigegeben. Kämen wir nicht die umfangreiche Arbeiterpresse in Deutschland und die im Stillen noch weit kräftiger wirkende Gewerkschaftspresse, so wäre ganz Deutschland schon längst dem Schicksale Nordfrankreichs, Belgiens, Polens und der östlichen Randstaaten während des Krieges verfallen, und zwar in noch weit schlimmerem Maße, da jede wirkliche Gegenwehr infolge der wahnhaften Auslassung der deutschen Volkskräfte durch die Ludendorfs, Fesleriche usw. unmöglich wäre. Daß dies bis jetzt verhindert werden konnte und wahrscheinlich auch nie geschehen wird, ist kein Verdienst der bürgerlichen Presse, sondern trotz ihrer volks- und arbeitfeindlichen Tendenz als Tatsache zu verzeichnen. Die deutsche bürgerliche Presse hat seit Jahr und Tag aus der deutschen „öffentlichen Meinung“ ein Zerbrochenes gemacht, das jeden Kredit und jedes Vertrauen zugunsten des hartgeprüften deutschen Volkes im Ausland erschweren und die deutsche Volkswirtschaft mit an den Rand des Bankrotts getrieben hat.

Der Barometerstand dieser englischen Presse ist so gering, daß sie erst in letzter Zeit in den Valutaorganen und in Deutschlands Ausverkauf mit plötzlichem Absturz der ausländischen Werte und der vorher ebenso trivial gesteigerten innerdeutschen Wertpapiere. Aber auch die innerdeutsche Verleugnung der Lebenshaltungskosten ist auf die „Einstellung“ der bürgerlichen Presse auf die nackten und rücksichtslosen Profitinteressen in Industrie, Handel und Gewerbe zum größten Teil gefällig. In Verästelungen wird

in pörrlicher Welle oder in völliger Unkenntnis der tatsächlichen Zusammenhänge auf die Mithrirkchaft der Staatsbetriebe, Eisenbahn, Post usw. losgelassen, mit einer an unübertreffliche Stumpfsinnigkeit grenzenden Wirklichkeit werden dann im Handelsteile die Großhandelspreise für alle Rohstoffe und Fertigfabrikate in der Regel sehr respektvoll registriert, die in Wirklichkeit erst dazu beitragen, daß die Staatsbetriebe aus der Weltwirtschaft nicht herauskommen, weil sie ihre Preise nicht diesen unverkürzten Wucherenden im Grobhandel, in der Grobindustrie, in Gewerbe und Landwirtschaft anpassen wollen. Das volkswirtschaftlich irreführlche oder überhaupt nicht befehrbare Leserpublikum merkt diese Doppelzünglichkeit nur dunkel. Und wo wirklich noch ein kleiner Schimmer wirtschaftlicher Erkenntnis vorhanden ist, wird er durch die Aufbausand und einseitige Darstellung der Kohnkämpfe der Angestellten und Arbeiter sofort wieder verwischt. Ursachen und Wirkungen werden teils absichtlich, teils unabsichtlich verwechselt, und damit eine wirtschaftliche und soziale Verwirrung geschaffen, bei der alle im frühen lischen können, deren Vaterland und Menschenwürde sich in den Grenzen ihres Magens und im Geldbeutel verkörpert.

Es wäre uns leicht, diese Beispiele der Mitschuld der deutschen Presse an Deutschlands Not und Elend noch spaltenlang fortzuführen. Wir können zwar auch Beispiele ehrlcher Bekämpfung dieser Presselünden und Auswüchse in Politik und Wirtschaft anführen; aber leider sind die letzteren Bemühungen viel zu schwach, um den volks- und wirtschaftsvergiftenden Einfluß der von uns gekennzeichneten Presse irgendwie erfolgreich zu bekämpfen. Wir wissen wohl, daß es mancher kleine Zeitungsleger in Großstadt wie Provinz bitter an seinen Einnahmen spüren müßte, wenn er nicht mit den Wölfen heulen würde. Und dennoch möchten wir angesichts der zunehmenden Verbreitung der Arbeiterpresse und deren Erfolge darauf hinweisen, daß die ganze bisherige volks- und sozialwirtschaftliche Haltung des größten Teiles der bürgerlichen Presse ihren eignen Untergang heraufbeschwört, wenn sie in bisheriger Weise fortfährt, die „öffentliche Meinung“ in verbindlicher oder unverbindlicher Form im Dienste rücksichtsloser Profitwirtschaft „nach Berechnung“ zu färbem. Als Buchdrucker haben wir, wie schon erwähnt, ein begreifliches Interesse daran, daß das Zeitungs- und Verlagswesen einen immer größeren Aufschwung nimmt. Dazu gäbe es noch fast unerschöpfliche Möglichkeiten. Diese werden aber in ablehbarer Zeit verschüttet sein, wenn von den bisherigen Formen der einseitigen, ischulischen Information und Belehrung in der Tagespresse nicht abgewichen wird. Am schwersten wird und muß sich diese Praxis in wirtschaftlichen Dingen rächen. Sie führt zur Verhärtung der Stillegegenstände, Koll zu ihrer Beseitigung. Sie erschüttert das Vertrauen der Volksschichten untereinander und schafft fortgesetzt neue Reibungsflächen innerhalb der deutschen Volkswirtschaft und löst damit gleichzeitig deren rationalen Neuaufbau zum Schaden aller Volksschreie. Innerweltliche Werte geistiger und materieller Art sind auf diesem Wege durch die Haltung des größten Teiles der deutschen Presse dem Auslande gegenüber dem deutschen Volk und seiner Wirtschaft schon verloren gegangen.

Nicht minder schädlich und vergiftend wirkt und wirkt noch der größte Teil der bürgerlichen Presse auf die innerdeutschen Verhältnisse. Das Wucher- und Schieber- tum konnte nur deshalb einen so unheimlichen Umfang annehmen, weil die deutsche Presse im allgemeinen sich als unsäglich erweis und zum größten Teil auch gar nicht darauf eingestellt war und ist, diese Pest offen und ehrlch zu bekämpfen. Insbesondere der deutschen Gewerkschaftsbewegung gegenüber behauptet die deutsche Presse auch heute noch eine Welt- und Sachfremdheit, die kaum zu beschreiben ist. Hier, wo es sich in Wirklichkeit um einen in schwerer Not und ehrlcher Arbeit ringenden großen Teil des Volkes, der sein Leben und die Zukunft des ganzen Volkes nur auf engster, gemeinsamer Arbeit aller Volksgenossen aufbauen will, handelt, weiß die deutsche Tagespresse in der Regel nur häßlich zu kritisieren oder zu schimpfen, während sie für die egoistische privatkapitalistische Wirtschaftsform alle Register hochhörender Propaganda zu ziehen verlißt. Sie scheint gar keine Ahnung von den tatsächlichen Zwecken und Zielen der Gewerkschaftsbewegung zu haben, die sich das Eintreten für das Allgemeinwohl zum Lebensprinzip gemacht hat.

Gerade die gegenwärtige wirtschaftliche Not, in der sich infolge der Valutakatastrophe das ganze Gebäude der sogenannten freien Wirtschaft abermals als künstliches Kartenhaus erweisen hat, könnte ein allgemein verständlicher Anlaß zur Umkehr auf den Weg der Wahrheit und Ehrlchheit für die gesamte deutsche Presse sein. Die mann- hanten Worte, die vor einigen Tagen der deutsche Reichskanzler Dr. Wirth beim Empfang der Berliner Presse gesprochen hat, müßten eine feste Brücke bilden, die zu diesem kulturellen Neuaufbau praktischer deutscher Presse- aufgaben führen könnte. Wir würden es freudig begrüßen, wenn der Appell des ersten deutschen Staatsmanns der Gegenwart in dieser Richtung auf fruchtbaren Boden ge-

fallen sein würde. Der stürmische Beifall und das Händeklatschen der vor dem Reichskanzler versammelten Presse- vertreter allein verbürgen dies noch nicht. Sehr heißt es, zu zeigen, daß die deutsche Presse nicht nur eine einseitig orientierte Interesstenpresse ist, sondern Träger und Verkünder eines ernsthaften und ehrlchen Willens, der darauf gerichtet ist, zwischen Wirtschaft, Politik und deutschem Volksgelste solche Verbindungen herzustellen, die dazu beitragen können, die Not des Volkes wirksam zu bekämpfen und alle Kräfte zu wecken, die freudig bereit sind, der Welt zu zeigen, daß das deutsche Volk nach Innen und außen am Neuaufbau einer höheren Menschheits- kultur mitmachen kann und will. Verkümt aber die deutsche Presse auch diesmal den Anstich an die wahren Hebelkräfte aller menschlichen Kultur, dann wird die Entwicklung sicher über sie hinweggehen und die Geschichte der Zukunft ein vernichtendes Urteil über sie fällen! Dann wird zur grausamen Wahrheit werden, was Ferdinand Lassalle schon vor fünfzig Jahren mit folgenden Worten prophezeit hat: „... wenn nicht eine totale Umwandlung unsrer Presse eintritt, wenn diese Zeitungspest noch fünfzig Jahre so fortwüthet, so muß dann unser Volksgelst verderbt und zugrunde gerichtet sein bis in seine Tiefen! Wenn ihr begreift, wenn Tausende von Zeitungschreibern, diese heutigen Lehrer des Volkes, mit hunderteulenden Stimmen täglich ihre stupide Unwissenheit, ihre Gewissenlosigkeit, ihren Euanudensinn gegen alles Wahre und Große in Politik, Kunst und Wissenschaft dem Volke einbauchen, dem Volke, das gläubig und vertrauens nach diesem Gifte greift, weil es eine geistige Stärkung aus demselben zu schöpfen glaubt, nun, so muß dieser Volksgelst zugrunde gehen, und wäre er noch dreimal so herrlich!“

Gewerkschaftsrevue

Der Rechenschaftsbericht des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung im Vorjahre, den wir in Nr. 140 aus- zugeweihe behandeln, vermittelte ein Bild des gemäßigten Apparats der Gewerkschaften der deutschen Kopf- und Handarbeiter. Trügerliche Selbsttäuschung wäre es jedoch, in den großen Metallbergehenden allein die Stärke der Gesamtorganisation zu erblicken. Diese liegt vielmehr in der Weisheit der Mitglieder begründet, in ihren Anschauungen und Auffassungen, in ihrem Geisteszustand und in ihrer Willensbetätigung. Hier kräftigend und zusammenführend einzuwirken, ist Pflicht aller wirklichen Gewerkschaftler; hier Klarheit zu verbreiten im Erkennen von Weg und Ziel, im Abwägen von Erreichbarem und Unerreichbarem, ist eine dankenswerte Aufgabe für jeden dazu Berufenen.

Bei aller geistlichen Aufklärungsarbeit sind sich viele Arbeiter noch nicht klar über die Vorbedingungen erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit. Rechter Verbands- gelst gründet sich nicht bloß auf Überzeugungsstreue, er muß auch von Opfermut getragen sein. Leider fehlt es in keiner Gewerkschaft an solchen Mitgliedern, die jede Beitragsmark möglichst schnell in eine Lohnverbesserung umgewandelt leben möchten. Wenn es nicht sofort gelingt, Schwierigkeiten auf dem Lohngelste zu beseitigen, schimpfen gerade die Beitragsmindernden am meisten über die angebliche Schwächheit der Verbandsleitung, die sich nur im Bremsen befißt. Bis zur Organisationsverdroffenheit ist bei ihnen nur ein kleiner Schritt, und gar bald reißt dann die „Überzeugung“, daß es schade sei um die hohen Beiträge, und daß der Verband gar keinen Zweck habe. Die eingetretene Geldentwertung hat zur Folge gehabt, daß sämtliche Gewerkschaften zu Beitragsverbesserungen schreiten mußten, um sich in jeder Beziehung leistungsähig zu erhalten. Dabei hat es sich gezeigt, daß die Zahl derjenigen, die da glauben, mit dem alten Beitrag die Welt stürzen zu können, noch ziemlich groß ist. Gewiß muß der herrschenden allgemeinen wirtschaftlichen Not ein Teil der mangelnden Opferbereitschaft für die Gewerkschaften zugeschrieben werden, aber sicherlich ist dieser beklagens- werte Mangel an Opfermut in der Hauptsache zurückzuführen auf über angebrachte Eitelkeit, die dem einzelnen keinen nennenswerten Nutzen, der Allgemeinwohl aber unter Umständen beträchtlichen Schaden bringen kann.

Der Grundlaß, den Wochenbeitrag nach dem Mehrfachen des Stundenlohns zu bemessen, setzt sich in den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden in immer stärkerem Umfange durch. Auf diese Weise vollzieht sich die Anpassung der Beitragsätze an die Leistungen der Verbände auf dem Unterstüßungsgebiet am sichersten und gerechtlichsten. Von jeder mit Hilfe der Organisation erreichten Lohnverbesserung muß auch der Verbandshafte ein kleiner Bruchteil zufließen. Wenn es nicht geschieht, erleidet die Kampfkraft der betreffenden Gewerkschaft bei der heutigen Geldentwertung eine starke Einbuße. Ein kleiner Überblick über die gegenwärtige Beitragshöhe in einer Reihe von Gewerkschaften aller Größen dürfte nicht ohne Interesse sein. Es zählten an Verbandsbeiträgen, auf den Monat berechnet: Böttcher und Köfer bis 27 Mk., Stöbtlören und Wäcker bis 34 Mk., Zimmerer bis 20 Mk., Konbographen bis 35 Mk., Brauerei- und Mühlenarbeiter bis 45 Mk., Holzarbeiter bis 40 Mk., Gärtner bis 34 Mk., Malchmisten und Selzer bis 24 Mk., Schuhmacher bis 28 Mk., Steinmetze bis 28 Mk., Kupferarmie bis 28 Mk., Textilarbeiter bis 32 Mk., Bauarbeiter bis 36 Mk., Berufsfeuerwehrmänner bis 50 Mk., Steinarbeiter bis 24 Mk., Leberarbeiter bis 32 Mk., Fleischer bis 35 Mk., Schneider bis 26 Mk., Poliere bis 50 Mk., Töpfer bis

36 Mk. Es handelt sich hierbei lediglich um Beiträge für zentrale Kassen, zu denen in den meisten Verbänden noch ansehnliche Beiträge für lokale Kassen sowie für besondere Unterstüßungszwecke kommen. Man sieht aus dieser Zusammenstellung, daß nicht wenige Gewerkschaften die gleichen und noch höhere Beiträge zahlen als die Buchdrucker, die — wie man so sagen pflegt — „den übrigen Arbeitern das Beitragszahlen und Organisieren erst lehren“.

Als sonderbare Fellege erweisen sich die Kommunisten gegenüber den unbedingten nötigen Beitragsverbesserungen der Gewerkschaften. Obwohl auch sie bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und in sonstigen Wechsellagen des Lebens auf die gewerkschaftlichen Unterstüßungseinrichtungen angewiesen sind und davon Gebrauch machen, wird von ihnen gegen Beitragsverbesserungen geweltet, soweit diese mit den erhöhten Anforderungen auf dem Unterstüßungsgebiete motiviert werden. Als ob eine ernsthaft zu nehmende Gewerkschaft unter den heutigen Verhältnissen darauf verzichten könnte, ihre Mitglieder in Notfällen über Wasser zu halten! Der wahre Grund für das Verhalten der Kommunisten liegt ja auch tiefer: man will der verhassten „Gewerkschaftsbureokratie“ durch Vorentaltung der erforderlichen Mittel ein erprießliches Arbeitserschweren. Das Theorie und Praxis der Kommunisten sich fast nie decken, kann man überall beobachten, wo sie von Worten zu Taten übergehen. So sind in Berlin die bisher im Holz- arbeiterverband organisierten Kistenmacher unter stark kommunistischem Einfluß zur höheren Ehre der „Einigung des Proletariats“ und des Industrieverbandes zur Gründung einer Sonderorganisation übergegangen, die einen Wochenbeitrag von 50 Mk. erheben will. Die Mehrzahl der Kistenmacher süßte sich indessen in der neuen Siedlung nicht wohl und erkannte schnell, daß nur der Holzarbeiterverband die für sie allein zuständige Gewerkschaft bildet. Auf die kommunistische Theorie und Praxis warf die Verammlung der Berliner Kistenmacher am 26. November, in der eine Neuwahl der Branchenleitung erfolgte, ein bezeichnendes Licht. In der sachlich gehaltenen Aussprache wurde nämlich mitgeteilt, daß die Leiter der kommunistischen Sondervereinigung die hohen Beiträge dadurch aufbringen wollten, daß sie sich bei den Unternehmern um Überstunden bemühen bzw. sich zur Leistung solcher anbieten. So haben wir uns die lautesten Rufe gegen Beitragsverbesserungen ungefähr vorgefellt!

Die Gewerkschaften haben wirklich alle Ursache, ihre Organisationen zu stärken und durch die gewerkschaftliche Zusammenarbeit den Boden zu bereiten für die politische Einheitsfront der Arbeiterschaft. Das organisierte Unternehmertum ist gegenwärtig in einer Mobil- machung auf der ganzen Linie begriffen, um eine Stärkung des Arbeitgebergedankens zu erreichen. Bereits im August wurde in einer Sitzung des Groben Ausschusses der vereinigten Unternehmerverbände vorgeschlagen, zur Entfaltung einer „Propaganda des Arbeitgebergedankens“ außerordentliche Mittel flüssig zu machen. Eine einmalige Einlage von etwa einer Mark auf den Kopf jedes beschäftigten Arbeiters würde, wenn diese Maßnahme von sämtlichen Verbänden durchgeführt wird, genügen, um die „zunächst unbedingt notwendigen Mittel“ zusammenzubringen. Darüber hinaus sollten die großen kapitalkräftigen Firmen und Konzerne veranlaßt werden, besondere Zuwendungen für den Propagandafonds zu machen. Um die Opferbereitschaft des Unternehmertums anzufachen, wurde daran erinnert, daß allein der Etat einer einzigen Gewerkschaft, des Deutschen Metallarbeiterverbandes, im verflohenen Jahr über 140 Mill. Mk. betrug, darunter allein für Agitation, Presse und Propaganda 12 Mill. Mk. Wir wissen positiv, daß der Vorschlag des Groben Ausschusses der Vereinigung der Deutschen Arbeitgebergewerkschaften bei den angeschlossenen Unternehmerorganisationen tatkräftige Unterstüßung gefunden hat. Es handelt sich dabei um eine planmäßige Vrsüh- rung der öffentlichen Meinung, die vom Unternehmertum neuerdings in verstärktem Maße betrieben wird zur Erreichung selbstlicher Ziele. Die „Deutsche Arbeitgebergewerkschaft“ als Zentralorgan genügt nicht mehr, obgleich sich diese fortgesetzt mit dem Nachweis abmüht, daß die Arbeiter zu viel verdienen, zu wenig arbeiten und trotzdem das schönste Leben auf der Welt führen, auf Kosten der geplagten Unternehmer und Aktionäre natürlich. Dementsprechend tritt das genannte Schwarzmachergewerbe für Medrgrabaltung der Löhne bzw. Lohnabbau, Befestigung des Achtstundentags und für Akordarbeit ein. Dabei unterlaufen allerdings die tollsten Widersprüche und Inkongruenzen. In Zukunft soll für die „Propaganda des Arbeitgebergewerkschaften“ bedeutend mehr geschehen. Deshalb die Werbung für die Abführung von außerordentlichen Geldmitteln. Aber das eigentliche Propagandaprogramm ist die Zentrale der Arbeitgebergewerkschaften bereit, die Einzelverbände mündlich zu informieren, da man bei der Vertraulichkeit der Materie von der weiteren Überlegung von Veröffentlichungen Abstand nehmen zu müssen glaubt.

Als vor gar nicht langer Zeit dringend notwendige erhöhte Lohnforderungen von den Arbeitern erhoben wurden, erklärte die maßgebende Unternehmerorganisation „die mit unverantwortlicher Übertreibung der Dinge in der Öffentlichkeit geführte Agitation sowie die darin zum Ausdruck gebrachten Forderungen als durch die Verhältnisse nicht gerechtfertigt“. Außerdem wurde die Erklärung abgegeben, daß höhere Löhne nur dann zugestanden werden könnten, „wenn gleichzeitig eine Steigerung der Arbeitsleistung erfolgt und zu diesem Zweck auch die Tarif- und Lohnpolitik von allen produktionsbestimmenden Bestimmungen freigegeben wird“. Auf die Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft und eine Verlängerung der Arbeitszeit sind die wahren Ziele der vereinigten deutschen Arbeitgebergewerkschaften also gerichtet. Der

ohne h gelchrieben von denen der Töne, die an solchem Orte mit Schwung und Ausdauer geredet werden, wofür S. M. wohl lehrreicher Zeugnis ist. Vergleichen Mitteilungen bringen wir aber erst dem Frühjahr nicht mehr, da sie zu sehr anwachsend und das Gedrängen von Arbeitstagen in ehrenamtlicher Hinsicht aller Art wie auch in den behördlichen Apparat unter den jetzigen Zeitumständen doch selbstverständliches Bestreben sein muß. Also der Konsequenzen wegen abgesehen; sonst aber sehr, Gruß an das Tonbankquartett. — S. A. in D.: Sie werden doch wohl selbst schon daran gedacht haben, daß nur aus Raumangel so lange Zurückstellung eintreten mußte. Aber nicht nur der Umstand, sondern auch dieser Dopplungsdruck zwingt zeitweilig zu größerer Einschränkung; die jedoch manchmal nur auf Kosten der weniger dringlichen Arbeit möglich gemacht werden konnte; so daß noch ältere Sachen vorliegen. Die übrige soll nun mit Ergänzung in aller Eile herauskommen. — Fr. in S.: Mit Dank gelesen. — M. S. in Billingen: Daß heute neben vielen arbeitslosen Buchdruckern noch weit mehr in andern Berufen ihr Brot verdienen müssen als vor dem Kriege, ist demnach dem Geschäftsforscher der Staatsbankrotte im vorigen „Volksblatt“ ganz unbekannt zu sein. Wir wollen aber davon weiter kein Aufhebens machen; denn die Art „Beweisführung“ ist nicht für alle Väteren, die nur in der Erhaltung der Privatwirtschaft die einzige Rettung sehen. Sie kennen die Welt der rauhen Wirklichkeit nicht. Die natürliche Folge ist das heutige Gend der deutschen Volkswirtschaft! Überlich glänzend und innerlich faul bis ins Mark. — C. G. in Neuwied: 18 Mk. — K. S. in G.: 14 Mk.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamliploß 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfließ, Nr. 1191.

Bezirk Sagen. Die Verbandsfunktionäre werden gebeten, die Adresse des am 28. August 1921 von Trilon abgetrennten Gehers Rich. Schilldors aus Grubenheim (Hauptbuchnummer 98 866) an den Kassierer W. Steinmann, Sagen, W., Range Straße 28, gelangen zu lassen.

Zur Aufnahme gemeldet

(Eingewandungen innerhalb 14 Tagen an die beauftragte Adresse):
Im Gau Mittelrhein 1. der Drucker Rudolf Arnold, geb. in Kandel (Pfalz) 1900, ausgl. bei 1919; 2. der Seher Friedrich Freilag, geb. in Eichenau 1861, ausgl. in Elmberg a. d. Lahn 1879; waren schon Mitglieder; 3. der Schweizerdegen Jakob Stein, geb. in Dueschhambach 1897, ausgl. in Winnweiler 1914; war noch nicht Mitglied. — Fr. Conrad in Mannheim, U 2, 9.

Im Gau An der Saale der Malchenleher Otto Herbig, geb. in Schliehnen (Ostpr.) 1897, ausgl. in Pilschoten 1919; war schon Mitglied. — Hugo König in Halle a. d. S., Kleine Klausstraße 7 I.

Berichtungsberichte

Berlin. Berichtigung der Freien Faktorenvereinigung Freitag, den 9. Dezember, abends 8 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Obmlstraße 2.
— Korrekturenversammlung Sonntag, den 11. Dezember, abends 7 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Alexanderstraße 44.
— Malchenlehervereinigung Sonntag, den 11. Dezember, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Obmlstraße 2.
Dresden. Stierochpeur- und Galvanoplastikerberingung Sonntag, den 10. Dezember, abends 7 Uhr, im „Schneid's Galvanoplastik“, Kleine Plauenische Gasse 2 I.
Kielberg. I. Schilf. Malchenlehervereinigung Sonntag, den 11. Dezember, vormittags pünktlich 9 1/2 Uhr, im Gallof „Zur Alten Fohnung“, Sand 48.
München. Korrekturenversammlung Sonntag, den 11. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr, in der „Westermühle“, Bismarckstraße 24.
Plauen i. V. Berichtigung Sonntag, den 10. Dezember, abends pünktlich 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Schwarzer Garten“.
Wernigerode. Generalversammlung Sonntag, den 10. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Monopol“.

Liedertafel „Gutenberg“ von 1877, Hamburg-Altona

Sonntag, den 18. Dezember, im „Gewerkschaftshaus“, großer Saal:

Weihnachtsfeier für Kinder

Mitwirkende: Wilhelm Bischof (Märchenregalationen), Goltz Welfmann (Skizzen), Dora Hoffmann (Regenmäntel), 1836
Saalöffnung 3 Uhr. Anfang 4 Uhr. Ab 8 Uhr:

Tanz für Erwachsene

Eintritt für Mitglieder nebst Dame gegen Vorlegung der Mitgliedskarte frei. Mitglieder ab 50 Pf., erwachsene Eingeladene 3 Mk., eingekaufte Kinder 2 Mk., Garbetrobe 1 Mk., zwei Kinder eine Garbetrobe. Karten sind im Verbandsbureau und in den Gesangsclubs zu haben. Zahlreiche Bestellung erwartet. Der Vorstand.

Tüchtige Justierer

Sofort gesucht!
Umsatzposition
werden von uns
zurückvergütet

Schriftgießerei Brüder Butter

Dresden-N. 23, Großenhainer Straße Nr. 92

Zeilungs- und Akzidenzseher

in der Vorkalenderherstellung bewandert, sucht passende Konditionen, wo ihm Gelegenheit abotlen ist, sich an der Schriftgießerei auszubilden. 31 Jahre alt, ledig. Offerte an D. Zauer, Ebersdorf bei Darmstadt, Vullensstraße 1, erbeilen. 1828

Junge, strebsamer Schriftseher

bewandert im Werk, leichten Anzeigen- und Akzidenz- und sowie Zetteldruck, sucht für sofort oder später dauernde Stellung. 1831
Angebote erbittet Willi Kruse, Neumannstr., Christianstraße 59 II, bei Antonschön.

Erfurt! Magdeburg!

Akzidenzseher

21 Jahre alt, sucht Stellung. Eintritt Anfang Januar. 1830
Gefl. Angebote durch D. Schmsdorf, Magdeburg-Pl., Ribbeck-Str. 96, erbeilen.

Junger, flotter Seher

perfekt im aufen Anzeigen- und Geschäftsdruk in Akzidenzarten. 1831
Angebote erbittet durch D. Schmsdorf, Magdeburg-Pl., Ribbeck-Str. 96, erbeilen.

Regenbetriebsanstellung sucht Junger, flotter Seher

1833

Typographseher

(A und B) fünf Jahre Praxis, sofort Überleitung in W. eilen- Rheinland. 1831
Angebote erbittet durch D. Schmsdorf, Magdeburg-Pl., Ribbeck-Str. 96, erbeilen.

Bücher und Schriften für die Fachbibliothek liefert

VERLAG DES
BILDUNGSVERBANDES DER
DEUTSCHEN BUCHDRUCKER
G.M.B.H.
LEIPZIG, SALOMONSTRASSE 8
POSTSCHECKKONTO 53430

Dresden! Buchdrucker- Verein „Cabelberger“ geg. 1908

Veranstaltet: Wand. Drone, Neumarkt
Übungsgegenstand in mehr. Abteilungen
Reichhaltige Bibliothek. Auskunft durch
Fr. Braunschwieg, Dresden-Str. Paulstr. 9

Wie die Form geschlossen und auf dem Bogen stehen soll, erklärt Ihnen Rauchs Formbuch mit 140 Abb. (geb. 18.50, Porto 1.50 Mk.). M. Rauch, Stuttgart, Sobenjollernstraße.

Maschinenband

Friedensqualität, liefern 13
Bezugs- u. Maschinenband
Dörselberg, Graf-Adolf-Str. 112.

Segregale und Kästen

solche Formregale, Segregale, Maß-
liche, Wagen- und Formregale, Maß-
breiter usw. liefern in bester Ausführung
ab Lager. 12
Bezugs- u. Maschinenband
Dörselberg, Graf-Adolf-Str. 112.

Reparaturen, Montagen

werden gut und billig ausgeführt von
Edwig Maritzen
Dörselberg, Jordanstraße 7.

Graphische Fachklassen

Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.
Aushilfe durch die
Kunstgewerbeschule Barmen.

Als praktisches Weihnachtsgeschenk

empfehle: 1821
„Der Maschinenmesser an der
Schneltpresse“ mit Anhang: „Die
Bogenanleger“, von Kurt Pelzer,
Obermalchensmüller. 7.50 Mk.

„Der Gehrgang des Buchdruckers in Fragen und Antworten“

Speziell für Lehrlinge u. Gehilfen-
prüfung im Buchgewerbe einge-
richtet. Band 6: „Der Schrift-
seher“, Band 7: „Der Drucker“.
Jeder Band geb. 7.50 Mk.

„Der Ausfühler der Formen“

Techn. Hilfsbuch für Druckereileiter,
Faktoren, Maschinenmeister und
Belehrte. Bearbeitet von H.
Engelhardt. Geb. 4 Mk.

„Der Schnellseher“ Lehrbuch für die gesamte Fachwelt in der Seher- Mit vielen Abbildungen u. Sch- beispielen. In blegam. Pappe. 10 Mk.

„Der Farbenreiz im Druckwerk“

Mit zahlreichem Abbildungen u. Fig.
im Feigl. 200 Seiten stark und
12 farbenprächtige Tafeln. Von
Rudolf Engelhardt. Leipzig.
In geschmackv. festem Einband
40 Mk.

Nur lieferbar bei sofortiger Bestellung

unter vorheriger Einzahlung des
Betrags oder unter Nachnahme vom
Verlag Julius Maier,
Leipzig-Pl., Senefelderstraße 13/17.
Postcheckkonto Leipzig 6621.
Porto und Verpackung extra.

Verlangen Sie (kulturiert. Prospekt über Rauchs Form- buch für Seher und Drucker. 1747 M. Rauch, Stuttgart, Sobenjollernstraße.

Die Zusammenarbeit zwischen Drucker und Buchbinder bei Herstellung einer Druckerarbeit finden Sie mit 140 Ab- bildungen erläutert in Rauchs Form- buch (geb. 18.50 Mk., Porto 1.50 Mk.). M. Rauch, Stuttgart, Sobenjollernstraße.

Alte, bemalte Tassen und Krüge

kauft zu hohem Preise. 1838
Fr. Wagner,
Münzberg, Wilhelm-Epöth-Str. 76 III.

Einladungungen an den „Korrek- torenverein Braunschweig“

Nach einem kurzen Kranken-
lager verlor am 26. November
unser lieber Kollege, der Seher

Mag Weber

aus Magdeburg, im 64. Lebens-
jahre.
Ehrendenken seiner stets
Der Ortsverein Braunschweig.

Am 1. Dezember verschied nach langem, schwerem Verden unser lieber Kollege, der Drucker

Willi Großkopf

aus Grome, 23 Jahre alt.
Ein ehrendes Andenken be-
wahrt ihm 1834
Der Bezirksverein Göttingen.

Am 29. November verlor nach kurzer, schwerer Krankheit unser lieber Kollege und treues Mitglied, der Seher

Willi Heindorf

im Alter von 27 Jahren.
Seiner verlor am 30. No-
vember unser lieber Kollege und
langjähriges Mitglied, der Seher
invalide

August Köchy

im Alter von 39 Jahren.
Ehrendenken!
Bezirksverein Braunschweig.

Am 1. Dezember verschied nach langem, schwerem Verden unser lieber Kollege, der Drucker

Willi Großkopf

aus Grome, 23 Jahre alt.
Ein ehrendes Andenken be-
wahrt ihm 1834
Der Bezirksverein Göttingen.

Das am 20. DEZEMBER 1921 erscheinende

OFFSETHET

der „Typographischen Mitteilungen“ wurde von dem Verein Leipziger Buchdruckmaschinenmeister nach erfolgter Rezitation der Subskriptionslisten in 500 EXEMPLAREN bestellt. Weitere Vorausbestellungen gehen täglich ein. Wir bitten alle Kollegen, die nicht Abonnenten der „T.M.“ sind, das Sonder-Offsetheft sofort zum Preise von 7 Mark zu bestellen, da ein Nachdruck infolge der hohen Kosten nicht möglich ist.

VERLAG DER TYPOGRAPHISCHEN MITTEILUNGEN
LEIPZIG, SALOMONSTRASSE 8. POSTSCHECKKONTO 52287

Tüchtige Justierer

Sofort gesucht!
Umsatzposition
werden von uns
zurückvergütet

Schriftgießerei Brüder Butter

Dresden-N. 23, Großenhainer Straße Nr. 92

Zeilungs- und Akzidenzseher

in der Vorkalenderherstellung bewandert, sucht passende Konditionen, wo ihm Gelegenheit abotlen ist, sich an der Schriftgießerei auszubilden. 31 Jahre alt, ledig. Offerte an D. Zauer, Ebersdorf bei Darmstadt, Vullensstraße 1, erbeilen. 1828

Junge, strebsamer Schriftseher

bewandert im Werk, leichten Anzeigen- und Akzidenz- und sowie Zetteldruck, sucht für sofort oder später dauernde Stellung. 1831
Angebote erbittet Willi Kruse, Neumannstr., Christianstraße 59 II, bei Antonschön.

Erfurt! Magdeburg!

Akzidenzseher

21 Jahre alt, sucht Stellung. Eintritt Anfang Januar. 1830
Gefl. Angebote durch D. Schmsdorf, Magdeburg-Pl., Ribbeck-Str. 96, erbeilen.

Junger, flotter Seher

perfekt im aufen Anzeigen- und Geschäftsdruk in Akzidenzarten. 1831
Angebote erbittet durch D. Schmsdorf, Magdeburg-Pl., Ribbeck-Str. 96, erbeilen.

Regenbetriebsanstellung sucht Junger, flotter Seher

1833

Typographseher

(A und B) fünf Jahre Praxis, sofort Überleitung in W. eilen- Rheinland. 1831
Angebote erbittet durch D. Schmsdorf, Magdeburg-Pl., Ribbeck-Str. 96, erbeilen.

Bücher und Schriften für die Fachbibliothek liefert

VERLAG DES
BILDUNGSVERBANDES DER
DEUTSCHEN BUCHDRUCKER
G.M.B.H.
LEIPZIG, SALOMONSTRASSE 8
POSTSCHECKKONTO 53430

Dresden! Buchdrucker- Verein „Cabelberger“ geg. 1908

Veranstaltet: Wand. Drone, Neumarkt
Übungsgegenstand in mehr. Abteilungen
Reichhaltige Bibliothek. Auskunft durch
Fr. Braunschwieg, Dresden-Str. Paulstr. 9

Verlangen Sie (kulturiert. Prospekt über Rauchs Form- buch für Seher und Drucker. 1747 M. Rauch, Stuttgart, Sobenjollernstraße.

Die Zusammenarbeit zwischen Drucker und Buchbinder bei Herstellung einer Druckerarbeit finden Sie mit 140 Ab- bildungen erläutert in Rauchs Form- buch (geb. 18.50 Mk., Porto 1.50 Mk.). M. Rauch, Stuttgart, Sobenjollernstraße.

Alte, bemalte Tassen und Krüge

kauft zu hohem Preise. 1838
Fr. Wagner,
Münzberg, Wilhelm-Epöth-Str. 76 III.

Einladungungen an den „Korrek- torenverein Braunschweig“

Nach einem kurzen Kranken-
lager verlor am 26. November
unser lieber Kollege, der Seher

Mag Weber

aus Magdeburg, im 64. Lebens-
jahre.
Ehrendenken seiner stets
Der Ortsverein Braunschweig.

Am 1. Dezember verschied nach langem, schwerem Verden unser lieber Kollege, der Drucker

Willi Großkopf

aus Grome, 23 Jahre alt.
Ein ehrendes Andenken be-
wahrt ihm 1834
Der Bezirksverein Göttingen.

Am 29. November verlor nach kurzer, schwerer Krankheit unser lieber Kollege und treues Mitglied, der Seher

Willi Heindorf

im Alter von 27 Jahren.
Seiner verlor am 30. No-
vember unser lieber Kollege und
langjähriges Mitglied, der Seher
invalide

August Köchy

im Alter von 39 Jahren.
Ehrendenken!
Bezirksverein Braunschweig.

Teuerung und Invalide — Staat und Gewerkschaft

Die vom Verbandsvorstande sehr bewilligte außerordentliche Unterstufung von 100 Mk. als Weihnachtsgabe läßt die Not untrer Invaliden wieder einmal grell in die Erscheinung treten. Viele Stacheln sind schon über dieses Thema in den Spalten des „Korr.“ verflechtet worden, aber noch aus keinem hat es herausgelungen, wie diesem Übelstand abzuhelfen sei. Selbst der Kollene Pechbold in Breslau liebt bei seinem Postfremden in Nr. 100 des „Korr.“ keinen andern Ausweg als die Gewährung einer Teuerungszulage an die Invaliden durch den Verband. Als ob dadurch das Elend aus der Welt geschwift werden könnte! Was ist ja vollständig ausgeschlossen. Jeder halbwegs rechnerisch begabte Kollege muß sich doch sagen, daß es dem Verband unmöglich ist, den Invaliden das Existenzminimum zu bieten. Nein, hier müssen andre Kräfte in Bewegung gesetzt werden; hier kann nur der Staat helfen.

Von den Umarbeitungen und Novellen der Alters- und Invalidenversicherung verspreche ich mir gar nichts. Deren ganze Leistung bestand bis jetzt in weiter nichts als in schematischem und mechanischem Umschreiben neuer Vertragsklauseln. Von einer Neugestaltung nach dem heutigen Zeitgeiste keine Spur. Im großen Ganzen kann man eben sagen: Der irrendste Berg gebor ein Mühslein.

Was heute verlangt werden muß, ist eine vollständige Umstellung des ganzen Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenwesens, und zwar auf der Basis der Pensionsordnung der Staatsbeamten. Das erfordert der lokale Ausgleich wie auch die Berechtigung. Um die letztere zu erörtern, vergegenwärtige man sich einmal das ganze Heer der sogenannten Unterbeamten in Reich und Gliedstaaten, namentlich bei Post und Eisenbahn. Aus welchen Kreisen sind denn diese Leute, mit denen wir uns doch quasi auf eine Stufe stellen können, hervorgegangen? Wohl zum allergrößten Teil aus Arbeiterkreisen. Und was war die Ursache ihrer Ableiter vom erteilten Berufe, sofern sie überhaupt einen hatten? In weitaus den meisten Fällen wohl militärische Verhältnisse in den betreffenden Gewerben, als da sind: mangelnde Arbeitsgelegenheit, schlechte Bezahlung und Behandlung und dergl.; es mögen auch Fälle darunter sein, in denen die Betroffenen nicht läbig waren, ihren Mann im Versuche zu stellen. Aber heute sind die Leute mit ihren Familien bis zu ihrem Tode, ja, darüber hinaus, verlor. Sie haben bessere Ferien und namentlich bessere Verhältnisse für den kranken Zustand als die Arbeiter. Auch sonst winken ihnen mancherlei Vergünstigungen in späteren Jahren ihrer Amtstätigkeit. Übrigens, ich habe noch keinen 70-jährigen Post- oder Eisenbahnbeamten im Dienste gesehen. Sie sitzen in diesen Jahren auf ihrem Altenteil und verleben in Ruhe und Beschaulichkeit ihre Pension. Und wir, die „Arbeiter“, die im Leben von Arbeitslosigkeit geplagten Arbeiter bekommen Alters- und Invalidenrente — und was für welche!

Ich bin der letzte, der den kleinen Beamten ihre durch lange Dienstzeit erworbenen Gehaltsbrüche mißgönner wollte. Aber das soll uns anpornen, auch für uns, die wir unserm Beruf in guten und schlechten Zeiten freugeblieben sind und dadurch der Volksgemeinschaft durch produktive Arbeit wahrlich mindestens ebensoviel Nutzen gebracht haben als ein untergeordneter Staats- oder Gemeinbediensteter, dieselben Rechte in Anspruch zu nehmen. Wir, nicht nur die großstädtischen Berufe, sondern die ganze Arbeiterschaft muß also darauf blicken, daß unsre Alters- und Invalidenversorgung nach denselben Grundsätzen geregelt wird wie die der Beamten, und zwar auch in bezug auf Witwen- und Kindererziehung. Wo ein Wille ist, da ist doch auch ein Weg.

Vor einigen Jahren — wenn ich nicht irre war es zu der Zeit als die Angestelltenversicherung zur Beratung stand —, hatte eine große Leipziger Zeitung eine Umfrage — Enquete würde man heute sagen — an eine Anzahl Großindustrieller veranstaltet, die darauf hinauslief, wie sich die Befragten zu der Altersversorgung ihrer Angestellten verhalten. Die Antworten waren sehr unterschiedlich, aber soweit mir erinnerlich, war keine darunter, die sich strikt ablehnend verhielt, trotzdem doch die Angestelltenversicherung auch den Unternehmern wesentliche Lasten auferlegt. Der Mitinhaber eines Leipziger Weltbrauhauses gab die Gespinntheit seiner Firma kund, die darin besteht, den invaliden Mitarbeitern die Differenz zwischen Rente und Staatsbeamtenpension nach dem Gehaltssteiger zu zahlen, den sie eben zuletzt gehabt haben. Voraussetzung war dabei vierzigjährige Zugehörigkeit zum Hause (analog derleißen Dienstzeit beim Staate). Wohlwermittig all das nur für Angestellte, für die Arbeiter bestand ein andrer Maßstab. Wenn auch hier noch mit zweierlei Maß gemessen wurde, so kann man doch erleben, daß auch in diesen Kreisen das Prinzip der Altersversorgung des Mitarbeiters anerkannt wurde.

Ich sehe nicht ein, warum dieses Prinzip nicht für alle Arbeiter, Kopf- und Handarbeiter in Staat und Industrie gelten soll. Sind wir etwa minderen Rechtes?

Saben wir und unsre Witwen nicht denselben Anspruch auf ausschmückte Verorgung als irgendein ehemals krieglicher Türkschieber oder Nachwächler?

Die Not der Invaliden schreit zum Himmel. Viele Kollegen, wohl die meisten, willen gar nicht, unter welcher prekären Verhältnissen diese Unglücklichen ihr Leben fristen müssen. Altersrente und Verbandseinwandsunterstützung zusammen genommen, ergeben vielleicht den Lintien, im unglücklichsten Falle den vierten Teil des Existenzminimums. Wo bleibt das übrige? Wer nicht das Glück hat, bei erwachsenen Kindern oder sonstwo Unterhalt zu finden, kann langsam zurunde gehen; an selbständige Weiterführung des Haushalts ist nicht zu denken. Jeden Genuß, auch den kleinsten, muß sich der Invalide verlagen. Und das, nachdem er in 30., 40. oder gar 50-jähriger treuer Berufsarbeit seine Kräfte geopfert hat! Ist das ein Los etwa: Menschen würdlos, oder ist es Barbarei?

Vor allen Dingen wäre es wohl notwendig und zweckmäßig, sich mehr als bisher in den Versammlungen mit dieser Materie zu befassen. Durch die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse ist das Lohnproblem bei untern Zusammenkünften zu sehr in den Vordergrund geschoben worden. Das muß in Zukunft wieder anders werden. Wir müssen uns auch wieder Themen zuwenden, die, wenn auch nicht streng gewerkschaftlicher Natur, unser ganzes Interesse in Anspruch nehmen sollten, um so mehr, als es fast bei jeder Invalidentätserklärung ein großes Erkennen über die allzu geringe Rente abfließt. Ich möchte eschuld vorbringen, in allen Versammlungen, auch den mittleren und kleinen, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen und von einem mit der Sache vertrauten Referenten behandeln zu lassen. Unre Kartelldelegierten könnten die Angelegenheit in den Gewerkschaftsstarzellen ansprechen und dadurch veranlassen, daß sich auch die übrige Arbeiterschaft dafür interessiert. Wenn dann die Anteilnahme der Arbeitermassen sich zeigt, könnten deren Wünsche auch mit mehr Nachdruck in den höheren Regionen zur Kenntnis gebracht werden. Vielleicht können wir die veräumdete Revolutionsarbeit Stückweise nachholen.

Was fehlt war es ja tatsächlich so, daß die Mitglieder mit schmerzlichen Blicken nach der hohen Verwaltung schauten und warteten, bis dort eine kleine Aufbesserung ausgeworfen worden war; man fand es gerecht, dafür auch entsprechende Beiträge leisten zu dürfen. So ist natürlich mein Vorschlag nicht gemeint. Diese Pensionen — ich denke an 75—80 Proz. des letzten Lohnes im 60. Lebensjahre — müssen vielmehr gleich denen der Staatsbeamten durch Steuern aufgebracht werden. Muß das deutsche Reich der Entente die vielen Goldmillarden in den unerlässlichen Rachen werfen, so sollen auch genügend Pariermillionen für die Arbeiter übrig bleiben, die die Wärie zu diesen unerhörten Kontributionen erst mit ihren Steuern und Händen schaffen müssen.

Leipzig.

Richard Niklas.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. (Arbeitszeitverlängerung in der Reichsdruckerei.) Zu sehr durchweg stark beluchten Betriebsverhältnissen wurde der Belegschaft der Reichsdruckerei Bericht gereicht über die Absichten des Postministeriums und der Direktion, die Arbeitszeit um zwei eventuell vier Stunden zu verlängern. Die Referenten schickten in großen Zügen die Vertreter der Arbeiterschaft zur Erreichung des Abstillendens. Auch in der Reichsdruckerei wurde nach Ausbruch der Revolution die alle sozialistische Forderung durchgeführt. Nunmehr glaubt das Postministerium anlässlich der Beratungen des Mantelrats den Augenblick für gekommen, der Belegschaft der Reichsdruckerei die Arbeitszeitverlängerung aufzuzwingen zu können. Wie unglücklich diese Maßnahme sich auswirken wird, legten die Redner an einigen Beispielen klar. In lebhafter Diskussion lebten die Versammlungen die unerhörte Zumutung einer Verschlechterung der sehr bestehenden Verhältnisse ab. Dies kam in folgender Resolution zum Ausdruck, die in allen Versammlungen mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde: „Von der Zumutung der Richtung und des Ministeriums, die Arbeitszeit von 44 auf 46 Stunden zu verlängern, nimmt die Arbeiterschaft und Angestelltenchaft mit äußerster Entschiedenheit Kenntnis. Sie ist bereit, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln eine solche Zumutung, unter welcher Form sie auch gestellt sein möge, niederzukämpfen.“ Mit dieser Erklärung nahmen die Versammelten Kenntnis von den erlassenen Verhandlungen über die geforderte Arbeitszeitverlängerung. Sie teilweise recht drastischer Weise wurde das Verhalten des Postministeriums und der Direktion einer harten Kritik unterzogen. Alle Verhandlungen stimmten einer Resolution zu, die die Gewerkschaften, den AFD, den Verbund und die Parteien auffordert, bei der Reichsregierung energische Schritte zu unternehmen, um durch gleichzeitige Maßnahmen der gesamten Arbeiterschaft ein ausreichendes Existenzminimum zu sichern.

Berlin. Am 20. November hatten sich die Maschinenleger und Korrektoren zu einer gemeinsamen Versammlung eingeladen. Nach einleitenden Worten des Kollegen Braun hielt Herr Gebhardt einen Vortrag über: „Ursprung und Bedeutung der deutschen Schrift“. Mit Hilfe von Lichtbildern schilderte der Redner die Entstehung der ersten Trakturzeichen, wobei er bis in die graueste Vorzeit zurückgehen mußte. Er zeigte weiter, wie sich durch die Buchstabenreformen die einzelnen Schriftzeichen entwickelt haben und demonstrierte die Veränderungen derselben sowie alle Varianten. Der Redner steht auf dem Standpunkte, daß wir als Deutsche die deutsche Schrift als deutsches Volksgut in Anspruch zu nehmen haben und beim Schreiben nur die deutsche Schrift anzuwenden sollten. So haben große Männer, wie Goethe, Klopstock usw., sogar bei Unterschritten sich nur der deutschen Schrift bedient. Große Bekanntheit sollte allerdings bei dieser Gelegenheit die Unterschritt Wilhelm des Vierten aus. Auf die Lateinschrift eingehend, wies der Vortragende an der Hand von Beispielen die Überlegenheit der deutschen Schrift nach. Sie erfordert beim Lesen bedeutend weniger Augenbewegungen. Die Ermüdungssteigerung der Augen beim Lesen der lateinischen Schrift der deutschen gegenüber beträgt 156 Proz., die Lateinschreiber 100 Proz. Mit dem Wunsche, sich stets für die deutsche Schrift einzusetzen, schloß Redner seinen lehrreichen Vortrag. Hierauf erhielt Kollege Fülle das Wort zu seinem Vortrag: „Ein Nachwort zu der gelehrtesten Rechtschreibänderung“, wobei er zunächst erklärte, daß er über solche Taten nicht gern spreche. Wenn die neue Schreibweise durchgekommen wäre, hätten wir Buchdrucker von vorn zu lernen anfangen müssen. Die plötzliche Umänderung hätte dazu geführt, daß die Kinder die Briefe ihrer Eltern nicht mehr lesen könnten und daß unser Nachkommen die Schöpfungen und Werke unserer Väter verloren hätten. Wir als Buchdrucker seien daran interessiert, daß die Änderung der Rechtschreibung in Bahnen vor sich geht, daß das lesende Publikum ihr folgen kann. Die fortgesetzten Änderungen unserer Rechtschreibung hätten dazu geführt, daß unsre Auslandsdeutschen davon nichts mehr wissen wollten. Alle Drucklagen, die im Zustande für die neue Rechtschreibung aufklarend wirken sollten, hätten in der alten Schreibweise hergestellt werden müssen, weil sie sonst nicht verstanden worden wären. Außerdem wären wir auf die größten lehrlichen Schwierigkeiten gestoßen. Wir hätten geradezu eine doppelte Mühe um uns gezogen. Bei einer solchen Umstellung müssen die Praktiker unbedingt gehört werden. Wir müßten verlangen, daß die öffentlich geltende Rechtschreibung so sei, daß sie jeder begreifen und mitmachen kann. Auf die Befestigung des Großbuchstabs zurückkommend, betonte Redner, daß wir den Großbuchstaben doppelt notwendig haben. Er behauptete, der ganze Abzügenstab würde zum Teufel gehen, wenn wir auf den Großbuchstaben verzichten würden. Und da hätten wir Buchdrucker vor allem mitzuprechen. Eine solche einschneidende Änderung der Rechtschreibung in der heutigen Zeit vorzunehmen, wo wichtigere Fragen erledigt werden müßten, die auf unsre Maenfrage von großem Einflusse seien, das müßte mit den allerstärksten Mitteln gehandelt werden. Wir alle müßten dazu beitragen, daß die in der Volksschicht verwendete neue Rechtschreibung nie wieder das Licht der Welt erblickt. Unter großem Beifall schloß Kollege Fülle seinen interessanten, hochgehaltenen Vortrag. Eine Debatte über beide Vorträge, die rein informativ waren, wurde nicht beliebt. Kollege Braun dankte beiden Vortragenden für ihre Ausführungen.

Berlin. (Situationsbericht der Rotationsabteilung.) In den letzten Monaten hatten wir ein sehr reges Versammlungsleben zu verzeichnen. Galt es doch, dem Beschluß einer Vertrauensmännerversammlung der Rotationalen Stellung zu verschaffen, in allen Betrieben, in denen Rotationaldrucker beschäftigt werden, eine Forderung auf 50 Mk. Lohnhöhung einzusetzen, um die Spannung zwischen Rotations- und Flachdruckerlöhnen, wie sie in der Kriegszeit bestand, wieder herzustellen. Die notwendigen Verhandlungen wurden von einer aus den Reihen der Kollegen gewählten Kommission mit der Prinzipalität geführt. Angehts dieser Verhandlungen gestaltete sich auch der Versammlungsbezug sehr lebhaft. Zur Information der Kollegenchaft über den Gang der Verhandlungen machten sich im September drei Versammlungen notwendig. Infolge der Tarifausdehnung im September trat ein Stillstand in den Verhandlungen ein und diese konnten erst Anfang Oktober wieder aufgenommen werden. In der Schlussung am 12. Oktober wurden dann Zulagen von 20 bis 25 Mk. ab 1. Oktober vereinbart und am gleichen Abend einer Abteilungsversammlung von der Kommission zur Annahme empfohlen. Nach einer ausgedehnten Debatte wurde den Zugeständnissen gegen eine starke Minderheit zugestimmt. Wie der starke Beifall dieser Versammlungen und auch gleichzeitige vorgenommene statistische Erhebungen erwiesen, ist es dem größten Teil untrer Kollegen möglich und angenehmer, Wochentagsversammlungen zu besuchen. Ein dementsprechender Vorschlag des Vorstandes, mit dem Modus der Sonntagversammlungen zu brechen und die Monatsversammlungen auf einen Wochentag zu verlegen,

land einflussreiche Annahme. — In der Verammlung am 14. November gab der Vorlesende einen Bericht über die Urkunden und den Stand des Streiks in den Hauptdruckereien der Metallindustrie. Zum Spartenvertreter im Gaurorstand wurde wiederum Kollege Gul gewählt. Unter „Technischem“ wurde das Modell eines neu konstruierten gelben Seilers vorgeführt. Dieser Patentheber vermeidet bei der sich dauernd verändernden Produktion im Zeitungsbetriebe das Wechseln der Heber, da sich jeder Teil durch eine einfache Handhabung leicht an- und abstellen läßt. Die ersten Exemplare des Hebers versprechen weitest Verbreitung. Auch diese Verammlung hatte einen erfreulich starken Besuch anzuweisen. — Der Vortrag vermittelte die Kollegen nach deren Familienzuweilen in jeder Beziehung harmonisch verlaufenden Unterhaltungsabend.

Dresden. (Ereotypenreue und Galvanoplastik.) Unsere Verammlung am 19. November war sehr gut besucht. Anwesend waren auch unser Gaurorleiter Freitag, Gaurorvater Schröder und der Vorsitzende der Malchenreiter, Kollege Müller. Gaurorleiter Freitag hielt einen Vortrag über „Die Sparten in der Organisation“, der mit großer Aufmerksamkeit und Beifall aufgenommen wurde. Im weiteren Verlaufe der Tagesordnung wurde zu dem im „Korr.“ veröffentlichten Artikel „Ereotypenreue, leid waschen und wabrel eure tariflichen Rechte“ sowie der Forderung des Kempter Werkes (Nürnberg) in reiner Aussprache Stellung genommen. Das vom Vereine veranlaßte Preisanschreiben zur Erlangung eines Preisbogens und Umhüllsags zeitigte eine rege Beteiligung unserer Spartenkollegen. Die Bewertung wurde in der Verammlung vorgenommen und die Verteilung der Preise erfolgt in der Dezemberverammlung.

Duisburg. Unsere Verammlung am 19. November erfreute sich eines guten Besuchs. Vier Aufnahmegerichte lagen vor. Eine längere Verhandlung erliefen unter Punkt „Geschäftliches“ die Zustände in der „Kantons-Druckerei“. Die Firma stellt in der Konkurrenz unüberwindliches. Am frohem auf ihre Kosten zu kommen, wird aus den dort beifälligen Kollegen das Möglichste herausgeholt. Mit Vorliebe werden junge Kollegen aus der Provinz herangezogen und bei ihrer Einstellung wird die wertvolle Probezeit verlangt. Am 19. November ist dem Betriebsmann erklärt worden, daß er sich nach einer andern Stelle umsehen möge. Nach ungefähr dreijähriger Tätigkeit in diesem Betriebe ist man auf einmal nicht mehr mit seiner Arbeit zufrieden. Es ist an der Zeit, daß dieser Konkurrenzdruck endlich einmal energisch auf den Leib gerückt wird, denn letzten Endes sind die Kollegen die Leidtragenden, die trotz Schindpreisen den Profit für die Firma herauskassieren müssen. Seltens des Vorstandes sind in dieser Angelegenheit die nötigen Schritte eingeleitet. Sollen sich unter Vorbehalt auch durch die Mitglieder des Deutschen Buchdruckervereins unterstützt. Der Kollegenverein ein „Graphia“ ist hier wieder zum Leben erwidert und eine stattliche Sängerkorps stellte sich unter Leitung des Kollegen Gull zur ersten Probe ein. Aus der Ortsliste wurden dem Vereine 300 Mh. überwiesen. Zum zweiten Punkte wurde der Kartellbericht entgegengenommen und zum dritten Punkte der Stellenbericht vom dritten Quartal, der mit einem Bestande von 8263,54 Mh. abschließt.

Schwabach (Bayern). Kollege Johannes Gerold, seit Oktober 1896, also volle 25 Jahre, hier konstantierend, und fast ebenso lange Verbandskassierer der Mitgliedschaft Schwabach, konnte in diesen Tagen nicht nur das 25jährige Gedächtnis, sondern zugleich auch sein 50jähriges Berufsjubiläum begangen. Er trat 1871 bei Gebrüder Müller in Ulm a. D. in die Lehre als Seher. Nach Ableistung der vierjährigen Lehrzeit ging er auf die Waise, konstantierte in Rothenburg o. d. T., Würzburg, Bamberg, Furmanen, Bonndorf, Dresden, Potsdam, Nürnberg, Nordlingen (wo er als Neunfundenhämpler wieder den Wanderstab ergriffen mußte), dann in Ansbach, nochmals in Nürnberg und endlich in Schwabach. In vier Jahren gehörte Kollege Gerold unserm Verbände 50 Jahre an. Von einer besonderen, offiziellen Feier des Doppeljubiläum wurde in Berücksichtigung der ersten Zeitverhältnisse Abstand genommen. Möge dem verhältnismäßig noch rüstigen Jubililar ein ungetrübter, froher Lebensabend beschieden sein!

Wiesbaden. (Drucker — Wertesjahrsbericht.) Es fanden im dritten Vierteljahre drei Verammungen statt; die erste außerordentlich die Generaerverammlung brachte eine Neuwahl des Vorstandes. In der Verammlung am 30. August hielt Kollege Bechel einen Vortrag über den „Illustrationsdruck“. Die dritte Verammlung fand am 25. September am Vororte Viehrich a. Rh. statt, in welcher Kollege Lehmann einen längeren Vortrag über den Farbendruck hielt. Die Verammlung beschloß, für die Wintermonate einen Auswärtigenkurs ins Leben zu rufen. Anstehend an die Verammlung fand eine Besichtigung der bei der Firma J. Seider (Niederich) in Betrieb befindlichen Hochdruckrotationsmaschine statt, die bei den Kollegen großes Interesse hervorrief.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Tariflicher Konflikt in Tübingen. In Tübingen, der zweitgrößten Stadt Württembergs, wo in sieben tariflichen Druckereien 100 Gehilfen und dazu entsprechend Hilfsarbeiter und Anstehende beschäftigt werden, trat am 3. Dezember das technische Personal in allen Druckereien wegen Arbeitsbewilligung der ab 1. Dezember eintreffenden Lohnzulagen in den Ausstand. Am 2. Dezember wurde es bei der Lohnzahlung zur endgültigen Fälligkeit, daß die Prinzipale die neuen Lohnzulagen nicht zahlen wollen. In einer für

den Abend anberaumten Verammlung der Arbeitnehmers einigte man sich schließlich nach fastgehäufiger Aussprache, da Verhandlungen doch zweifellos seien, dahin, daß den Verlegern bis 3. Dezember früh 9 Uhr ein Ultimatum gestellt wird, bis zu welcher Zeit der neue Tarif anerkannt sein mußte. Die Arbeit wurde anderlags ordnungsmäßig wieder aufgenommen, da aber kein Bescheid im Sinne des neuen Tarifs erteilt wurde, erfolgte die Arbeitsinbesetzung. Am 4. Dezember haben die Prinzipale in Jülichburg Besprechungen gehabt. Wie die Entschlüsse dort ausgefallen sind, entzieht sich noch unser Kenntnis.

Die Gehilfenliste des „Rheinischen Merkur“ in Köln. Die Buchdruckerei und der Verlag des „Rheinischen Merkur“ gingen vor wenigen Jahren infolge Todesfalls in den Besitz des St. Josephvereins, G. m. b. H., über. In tariflicher Beziehung blieb nach persönlicher Erklärung alles beim alten. Nach dem Kölner Buchdruckerstreik im August hatte es aber die Firma nicht für nötig belunden, das gelamte Personal wieder einzustellen, zu der sie genäh der zwischen beiden Parteien getroffenen Vereinbarung verpflichtet gewesen wäre. Es waren Leute darunter, die der alten Firma über vierzig Jahre ihre Dienste widmeten. Die Firma wurde natürlich daraufhin im „Korr.“ für tariflos erklärt, also für tariflose Gehilfen gesperrt. Selbstverständlich gelang es der arbeitserfreundlichen Firma nicht, ausreichendes und brauchbares Gehilfenmaterial zu erhalten. Regelmäßiges Erscheinen konnte nicht durchgeführt werden und das Aussehen der Zeitung spottet seitdem jeder Beschreibung. Von verpfluchtem Sahe, mit zu viel, zu wenig oder gar ohne Farbe wird gedruckt. In der Nummer vom 27. November „prant“ nun am Fuße der ersten Seite eine beinahe halbseitige Erklärung in großer fetter Schrift:

Wegen Bonholts- und Sablage haben wir immer noch große Schwierigkeiten und bedauern, die Gebuld unser Leser immer noch in Anspruch nehmen zu müssen. Zahlreiche Zuschriften lassen uns jedoch erkennen, daß ein großer Teil unserer Leser wohl weiß, daß der mangelhafte Druck und das unregelmäßige Erscheinen nicht durch uns verursacht ist, sondern daß gewisse Kreise gegen uns arbeiten.

Uns wird das nicht abhalten, auch weiterhin die Wahrheit zu sagen, und wir entnehmen den Zuschriften aus dem Beserkreise, daß auch die Treue unserer Besucher uns gewiß ist.

Wir hoffen, daß der „Rheinische Merkur“ bald in tadellosem Druck mit der notwendigen Pünktlichkeit erscheinen wird.

In dieser Erklärung arbeitet die Firma mit Täuschung, und die Gehilfenchaft wird in gemeiner Weise verächtigt. Seinen Fehler der Tarifverweigerung sieht man nicht ein. Vom Gewerbergicht verurteilt, wurde auch seitens der Gehilfenvertretung mehrmals verurteilt, die Firma seinerzeit von ihrer arbeitserfreundlichen Haltung abzubringen, aber vergebens. Wenn sich das Unternehmen nicht doch noch zur Anerkennung und Einhaltung des Tarifs ermannen kann, dann mag es die Folgen bis zur Neige kosten.

Meisterprüfungen. In Darmstadt haben vor der Meisterprüfungskommission für die Provinz Starkenburg folgende Kollegen die Meisterprüfung mit Erfolg bestanden: Arthur Becker (Darmstadt), Georg Braun (Groß-Gelnhausen), Karl Degoutrie (Groß-Steinhelm), Ludwig Sedt (Darmstadt), Erich Krieg (Zwingenberg (Sachsen)), Karl Müller (Frankfurt a. M.), Karl Niem (Offenbach a. M.), Arthur Rödder (Darmstadt), Wilh. Kolbenstein (Gernsheim), Matthias Träger (Würrstadt).

Papiermangel durch geringe Wagengestellung. Soweit die Papierknappheit auf Eisenbahnwagenmangel zurückzuführen ist, indem die Kohlen- und Rohstoffzufuhren und zeitweilig auch die Forderung fertiger Papierquantitäten unterbunden wird, muß sofort Abhilfe geschaffen werden. Mehrere größere Zeitungspapierfabriken, wie in Kasselwitz bei Steina sowie Limmendorf und Müdenstein bei Halle, sollen über erhebliche Mengen transportfertigen Druckpapiers verfügt haben, die aber durch unzureichende Wagengestellung nicht abtransportiert werden konnten. Es ist anzunehmen, daß inzwischen die Bestellung besser geworden ist. Wenn wie man hört, soll an der Waaenknappheit in den letzten Wochen neben der Unbenutzbarkeit der gelrorenen Wassertrassen und der vermehrte Transport durch die Volatalgelächtemacher auch das allgemeine Bestreben der Gehilfenwelt, zum Transport von Waren noch den alten Eisenbahntarif auszunutzen, hervorragenden Anteil haben. Sollen sich kommt auch der „Korr.“ nicht wieder in Verlegenheit, wie schon einmal, daß erst am Tage der Drucklegung das notwendige Papier zur Auflage angerollt wird. Der Wagenmangel hat in letzter Zeit allgemein schärfere Formen angenommen, wozu auch die den Eisenbahnbetrieb erschwerenden ungünstigen Witterungsverhältnisse (Frost und Nebel) beigetragen haben. Gegen Wagenmangel sollte aber alles aufbehalten werden.

Schiffszulagen und Presse. Die Verleger empfinden die Vorschriften auf Grund der Verordnung betreffend die Schiffszulagen als unerträglich, da die Preisprüfungsstellen keine einbildliche Feststellung getroffen haben, was als „Gegenstände des täglichen Bedarfs“ zu gelten hat. Die Gerichte wurden unnötigerweise mit Streitfragen belastet, die nach Aufhebung der Zwangswirtschaft gegenstandslos sein sollten. Aus diesem Grunde wird die Aufhebung der Verordnung gefordert. Wie man beobachten kann, werden auch die Vorschriften in der Provinz nur noch wenig gehalten. Aber wie die Dinge sich jetzt entwickeln, wird die Verordnung jedenfalls noch einmal im Stempel gegen Schieber- und Wucherum sehr erfolgreich angewendet werden können, so daß wohl im Interesse aller Verbraucher ihr Bestehenbleiben erwünscht wäre.

Gegen den Wucher mit Kartoffeln. Die wiederholt immer dringlicher erhobenen Vorstellungen der Verbrauchervertreter im Verein mit den bedrohlichen Nachrichten aus den verchiedensten Landestellen haben endlich doch dahin geführt, daß das Reichsernährungsministerium von seinem bisherigen Standpunkte des Gebens- und Gebenlassens abgewichen ist. Ein klein wenig zwar nur, aber immer-

hin doch abgewichen. Man konnte sich nicht länger der Einsicht verschließen, daß das „freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte“ nicht zu dem erhofften und immer wieder als unbedingt erforderlich verkündeten natürlichen Ausgleich führen wird, so lange wir in Deutschland keine regulären Marktverhältnisse haben. Und die haben wir für die Lebensmittelversorgung nun einmal nicht und werden sie noch recht lange nicht haben. Säfte man die jetzt getroffenen Maßnahmen, auf die wir bereits in einer Rundschau im Nr. 133 aufmerksam machen, sechs bis acht Wochen früher ergreifen, dann wäre es zu den ausföhrlichen und drohlichen Erfolge nunan jedenfalls überhaupt nicht gekommen. Jetzt kann man nur wünschen und alles dazu tun, daß sie sich nicht als zu spät getroffen erweisen. Beschlossen wurde zweierlei. Erstens die Sanjellionspflicht für jeden Verkäufer von Kartoffeln, sofern er solche außerhalb des Kommunalverbandes, in dem er seinen Wohnsitz oder seine Niederlassung hat, aufkaufen will. Und zwar ist die Handelsverabreichung für jeden Bezirk, in dem er aufkaufen will, bei dem hiesigen Verwaltungsbehörde nachzusuchen. Wo es den Kommunalbehörden für notwendig erachten, können sie die Sanjellionspflicht auch für die in ihrem Bezirk anfallenden Käufe einschließen. Diese Maßnahme dürfte immerhin den Erzeugern davon abhalten, das wilde Aufkäufersturm, das am meisten Schuld hat an dem Hochschnellen der Preise, etwas einzudämmen zu werden. Sodann sollen nunmehr sofort in allen Verwaltungsbezirken Kommissionen, bestehend aus Vertretern der Erzeuger, des Handels und der Verbraucher, gebildet werden, die auf Grund von Nachfragen, die das Ministerium herausgegeben hat, so etwas wie angemessene Erzeugerpreise feststellen sollen. Zugleich soll durch die vorerwähnten Maßnahmen erreicht werden, daß die Verschleppungen von Kartoffeln, die an verchiedenen Stellen auf Grund der eingeleiteten Straferlassen wegen Wucher stattgefunden haben, aufgehoben werden, um sie den Verbrauchern zuzuleiten. Das Verfahren selbst soll dadurch nicht unterbrochen oder aufgehoben werden. In der Tat ist die Zahl der eingeleiteten Straferlassen größer, als gemeinlich angenommen wird. Um bei Eintritt wärmeren Wetters sofort die Kartoffelverteilung in größerem Umfange vornehmen zu können, ist zu empfehlen, daß die Verbraucherorganisationen und Vertretungen in den einzelnen Provinzen und Landestellen sich nun auch ihrerseits rühren, um nötigenfalls die oteren Verwaltungsbehörden zur Eile anzutreiben. Wenn auch nicht zu hoffen ist, daß wir durch die Maßnahmen zu billigen Kartoffeln (nach früheren Begriffen) kommen werden, so können sie bei zweckentsprechender Anwendung doch wenigstens dahin führen, daß dem tollsten Wucher endlich ein Riegel vorgehoben und die Versorgung mit Kartoffeln in normalere Bahnen gelenkt wird.

Offene Stellen für befähigte Gewerkschafter. Vom Zentralstellennachweis des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Berlin SO 16, Engelauer 24) wird gelucht: ein Arbeiterlehrer für 1. Januar 1922 für Ferne l. W. zur Erledigung der Geschäftsbüro des Ortsausschusses und der Bezirksregentrale. Gute organisatorische und rednerische Befähigung sowie gute Kenntnisse der Sozialgesetzgebung und des Knappheitswesens sind erforderlich. Handchriftliche Bewerbungen mit Lebenslauf, Angabe der Organisationszugehörigkeit und der Gehaltsansprüche sind an genannte Zentrale zur Weiterbeförderung einzulegen.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland im Oktober 1921. Der Oktober hat den besüchteten Umschwung in der Arbeitsmarktlage noch nicht gebracht. Das rasche und tiefe Sinken des Marktwertes, das während des Berichtsmontats eintrat als Folge des in der oberflächlichen Frage gestroffenen Galtcheides, das die Erfüllung der Reparationen immer mehr zur Unmöglichkeit macht, hat die Ausverkauf- und Eindeckungskonjunktur einflussreich weiter setzen lassen. Aber der wirtschaftliche Rückschlag wird durch die stark sinkende Kaufkraft des Landes nicht ausbleiben und wird den Arbeitsmarkt stark beeinflussen. Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ läßt die Statistik der unterstellten Erwerbslosen im Oktober einen weiteren, und zwar wesentlichen Rückgang der Zahlen erkennen. Die Gesamtzahl der unterstellten Vollerwerbslosen ging von 185-482 im September auf 151-871 im Oktober, also um 18,1 Proz. zurück. Auch die Arbeitslosenstatistik der Gewerkschaften zeigt einen weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit. Von 593-815 Mitgliedern waren 71-730 oder 1,2 Proz. (1,4 Proz. im Vormonat) arbeitslos. Bei den fünfzig in der Arbeitsnachweilen hat der Andrang Arbeitsfuchender wieder abgenommen. Die Zahl 896-113 sank auf 89-771. Gleichzeitig stiegen die Stellenangebote von 679-965 auf 697-717. Auf 100 offene Stellen entfielen 128 Arbeitsfuchende, gegenüber 132 im Vormonat. — Für die graphische Industrie, soweit die Angaben des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, der Hilfsarbeiter, der Lithographen und Elektrodruker, der Buchbinder, des Guttenbergbundes und des christlichen graphischen Zentralverbandes in Betracht kommen und in Vergleich gestellt werden können, ergaben sich bezüglich der Arbeitslosigkeit folgende Ziffern:

	Zahl der Arbeitslosen			Zahl der Mitglieder, über die berichtet ist	Mittlere Mitgliederzahl
	Männlich	Weiblich	Zusammen		
Verband der Deutschen Buchdrucker	775	—	775	68-758	74-990
Hilfsarbeiterverband	194	230	424	40-664	44-606
Lithographen und Elektrodruker	280	11	291	18-800	18-827
Buchbinder (im Reichsarbeitsblatt als „Buchbinder“ aufgeführt)	378	793	1171	82-094	82-931
Guttenbergbund	25	—	25	2-413	3-001
Christlicher Zentralverband (christl.)	7	3	10	5-275	5-972
Zusammen	1659	1037	2696	218-004	230-327